Ressort: Politik

Union, SPD und Grüne für Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit

Berlin, 12.03.2013, 11:08 Uhr

GDN - Politikerinnen von Union, SPD und Grünen fordern anders als die FDP einen Rechtsanspruch für Eltern in Teilzeit zur Rückkehr auf eine Vollzeitstelle. "Mütter, aber auch Väter, wünschen sich in der Familienphase vor allem flexiblere Teilzeitregelungen, um ausreichend Zeit für gemeinsame Familienaktivitäten zu haben", sagte die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretende Generalsekretärin der CSU, Dorothee Bär, "Handelsblatt-Online".

"Um nach der Familienphase problemlos von einer Teilzeit- zu einer Vollzeitstelle zurückkehren zu können, brauchen wir dafür einen Rechtsanspruch." Die SPD plädiert für noch weitergehende Regelungen. "Kluge Unternehmen, ob groß oder klein, tun gut daran, auf familiäre Bedürfnisse ihrer Mitarbeiterschaft besser einzugehen, um motiviertes Personal auch künftig zu halten", sagte die Vize-Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dagmar Ziegler, "Handelsblatt-Online". "Die SPD setzt sich auch deshalb für gesetzliche Regelungen ein, die diesen Weg unterstützen." Dazu zählten neben dem Rechtsanspruch auf Teilzeit mit Rückkehrrecht auf Vollzeit auch der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr und die bezahlte Freistellung für zehn Tage im Jahr für eine Auszeit im Pflegefall eines Angehörigen. Die Grünen lobten den Industrie-Konzern Bosch, der am Montag erklärt hatte, flexible Arbeitszeitmodelle in seine Unternehmensleitlinien schreiben zu wollen. "Es ist ein gutes Signal, wenn einzelne Firmen mit familienfreundlichen Arbeitszeiten vorangehen", sagte die Grünen-Familienexpertin Katja Dörner. Aber Eltern dürften nicht vom "Goodwill ihrer Arbeitgeber" abhängig sein. "Deshalb brauchen wir gesetzliche Regelungen, um Eltern mehr Mitsprache bei Lage und Dauer ihrer Arbeitszeit einzuräumen, und ein Rückkehrrecht auf Vollzeit", betonte Dörner. Das sage zwar auch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU). "Sie hat aber nicht den Mumm, das Rückkehrrecht gegen die FDP durchzusetzen." Die Vorsitzende des Familienausschusses im Bundestag, Sibylle Laurischk (FDP), nannte die Initiative von Bosch beispielhaft. "Dies sollte für andere Unternehmen Anreiz sein, ebenfalls Möglichkeiten der Familienförderung durch das Setzen von Anreizen zu entwickeln", sagte Laurischk und fügte mit Blick auf die Überlegungen der Opposition und der Union hinzu: "Dies sollte nach den Bedürfnissen der Mitarbeitern im jeweiligen Unternehmen erfolgen und nicht durch einen gesetzlichen Zwang, der nach Auffassung von mir als FDP-Abgeordnete immer zu Gegenreaktionen führt und nicht ermutigt." Nötig seien vielmehr weitere "wegweisende" Beispiele, so Laurischk. "Nur so ist eine gesellschaftliche Erneuerung im Rahmen der Herausforderungen, denen sich die Wirtschaft stellen muss, möglich."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-9710/union-spd-und-gruene-fuer-rechtsanspruch-auf-rueckkehr-in-vollzeit.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619